



## Protokoll der 27. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. Mai 2007, 17.00 Uhr, im Landratssaal

**Anwesend:** 38 Mitglieder

**Entschuldigt:** Paul Pfaff, Sabine Sutter

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Kunstrasenfelder auf der Sportanlage Gitterli <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2005/71 2005/71a
2. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion betreffend Steinenbrüggli <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2005/73 2005/73a 2005/73b
3. Bericht des Stadtrates betreffend Hammerstrasse - Genehmigung Bau- und Strassenlinienplan (BSP) <i>://: Genehmigt.</i>	2007/142
4. Bericht des Stadtrates betreffend Bahnhofareal, Umsetzung Quartierplan 1 - Projekt- und Kreditgenehmigung <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2007/143
5. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Erschliessung Gräubern <i>://: Erledigt.</i>	2006/128
6. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend „Sauberes Liestal“ <i>://: Zur Kenntnis genommen.</i>	2006/102 2006/102a
7. Bericht des Stadtrates zur Motion des Büros des Einwohnerrates betreffend Anpassung des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat <i>://: An die GoR überwiesen.</i>	2006/115 2006/115a
8. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend die Mütter- und Väterberatungsstelle Liestal <i>://: Erledigt.</i>	2006/129
9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sicherheitsbericht Liestal <i>://: Erledigt.</i>	2007/132

10. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Strategie zur Reduktion klimaerwärmender Faktoren 2007/133  
*://: An den Stadtrat überwiesen.*
11. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Parkplätze im Areal des Birmannspitals 2007/137  
*://: Vertagt.*
12. Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Solidarisches Liestal“ zur Entwicklungszusammenarbeit 2007/138  
*://: Vertagt.*
13. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion und Beat Gränicher namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend attraktives Stedtli am Landratspräsidentinnenfest 2007/139  
*://: Erledigt.*
14. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Standbewilligungen im Stedtli 2007/140  
*://: Vertagt.*

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Mai-Einwohnerratssitzung.

### **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 04. April 2006**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

---

### **Mitteilungen der Ratspräsidentin**

- Peter Schmied (SP) wird als neues Ratsmitglied herzlich willkommen geheissen.
- Claudio Wyss (CVP) tritt per Ende Juni 2007 aus dem Einwohnerrat aus. Er richtet folgendes Rücktrittsschreiben an den Rat: „Sehr geehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen, nach siebenjähriger Zugehörigkeit zum Einwohnerrat der Stadt Liestal trete ich per 30.6.2007 von diesem Amt zurück. Während meiner Zeit im Rat hatte ich Gelegenheit den Prozess der politischen Meinungsbildung in all seinen Feinheiten zu erfahren und im Rahmen meiner Möglichkeiten mitzugestalten. Als Neuling in Sachen Politik war mir am Anfang vieles fremd. Das hat sich im Laufe der Zeit geändert. Während den sieben Jahren nahm ich auch an den Sitzungen der GoR-Kommission teil, der ich während meiner ganzen Amtszeit angehörte. Insgesamt habe ich die Zeit als positiv erlebt und dafür danke ich Euch allen. Persönlich als Problem betrachte ich die grossen Fluktuationen in den Gremien. So sind heute nur noch 13 Mitglieder des Rates aus dem Jahr 2000 auch heute noch mit dabei. Die durchschnittliche Amtszeit beträgt somit nur vier Jahre. Das ist aus meiner Sicht zu wenig. Die Exekutivmitglieder von damals sind alle nicht mehr im Amt. In der GoR-Kommission bin ich schon seit längerem das einzige Überbleibsel aus meiner Anfangszeit. Auch erlebte ich dort fünf verschiedene Präsidentinnen und Präsidenten. Manchmal wünschte ich mir ein wenig mehr Stabilität. Vielleicht würde es Sinn machen diesbezüglich Ursachenforschung zu betreiben. Ich wünsche den Mitgliedern des Einwohnerrates auch in Zukunft viel Geschick und Feingespür in ihren Entscheidungen. Meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger wünsche ich einen guten Einstieg.“
- Peter Schäfer (FDP) tritt ebenfalls per Ende Juni 2007 aus dem Einwohnerrat aus. Er richtet folgendes Rücktrittsschreiben an den Rat: „Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, seit einigen Jahren durfte ich im Einwohnerrat Liestal mitarbeiten. Ich konnte dabei viele interessante und teilweise auch zukunftsweisende Geschäfte kennen lernen, begleiten und mitentscheiden. Als äusserst wertvoll werde ich die persönlichen Kontakte und die Begegnungen mit den Einwohnerratskolleginnen und Einwohnerratskollegen in Erinnerung behalten. Nun hat sich meine berufliche sowie persönliche Situation so verändert, dass es mir nicht mehr möglich ist, die ER-Geschäfte seriös zu studieren und mich damit vertraut zu machen. Ich habe mich deshalb entschlossen, den Einwohnerrat auf Ende Juni 2007 zu verlassen. Ich werde bestimmt die Geschäfte aus Distanz weiter verfolgen und wünsche dem Einwohnerrat immer gute Entscheide! Allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten wünsche ich persönlich viel Freude am Politisieren und immer beste Gesundheit.“ Roman Zeller wird für Peter Schäfer nachrücken.
- Die Bedrohungssituation in Zusammenhang mit dem Vorhaben Muslimgräber ist nicht mehr akut. Das Statthalteramt Liestal hat gegen die Erstellerin des Drohbriefes von Ende Oktober 2006 ein Strafverfahren eröffnet. Die Frau ist über 60 Jahre alt, besitzt keine Waffen und ist aufgrund ihres Gesundheitszustandes nicht als gefährlich einzustufen. Die Stadt Liestal stellt im Strafverfahren eine Schadenersatz- und Genugtuungsforderung von CHF 11'904.80.

### Mitteilungen des Ratsbüros

- Das Büro hat Ernst Burkhardt (SP) als Ersatzmitglied der GoR gewählt.
- Anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung wurde ein Mitglied, das in den Ausstand trat, angewiesen, nicht auf der Tribüne Platz zu nehmen. Diese Anweisung wurde von einigen Einwohnerratsmitgliedern als kränkend empfunden. Das Büro hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, was es bedeutet, die Ausstandspflicht zu erfüllen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Eine davon ist, am Platz zu bleiben und nichts zu sagen. Eine weitere Möglichkeit ist, den Ausstand auch symbolisch kundzutun, indem man den Raum verlässt und sich auf die Tribüne begibt. Die extremste Variante ist, vom Saal aus nicht mehr sichtbar zu sein. Das Büro ist der Meinung, dass die bisherige Praxis beibehalten werden sollte. Das bedeutet, dass ein Einwohnerratsmitglied im Ausstand wie jeder andere Einwohner auf der Tribüne Platz nehmen und das Geschehen verfolgen kann. In diesem Zusammenhang besprach das Büro die Tatsache, dass man seine Mitgliedschaft in Vereinsvorständen bekannt geben muss. Die Frage kam auf, ob ein Mitglied eines Vereinsvorstands in den Ausstand zu treten hat, wenn der betreffende Verein von Leistungen der Stadt Liestal profitiert und der Einwohnerrat über das Geschäft entscheidet. Die Rechtskundigen der Stadtverwaltung meinen, dies sei nicht notwendig. Es wäre eine sehr enge Auslegung der Ausstandspflicht. Das Büro wird an seiner nächsten Sitzung auf das Thema zurückkommen. Bis dahin gilt die bisherige Ausstandspraxis; das heisst, ein Mitglied eines Vereinsvorstands muss bei einem seinen Verein betreffenden Geschäft des Einwohnerrats nicht in den Ausstand treten. Das Büro sieht sich nicht in der Lage, die Ausstandspflicht aller ER-Mitglieder bei allen Geschäften zu kontrollieren und appelliert an die Selbstverpflichtung. Es ist im Interesse jedes ER-Mitglieds, im gegebenen Fall in den Ausstand zu treten, damit auf einen Entscheid kein Rekurs genommen werden kann. Das Büro bittet auch die Fraktionsmitglieder, einander an die Ausstandspflicht zu erinnern. Wer in den Ausstand tritt, ist gebeten, dies dem Büro mitzuteilen, damit der Ausstand protokolliert wird.

---

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- |                         |                              |
|-------------------------|------------------------------|
| - Matthias Zimmermann   | Seite FDP                    |
| - Elisabeth Augstburger | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Regina Vogt           | Mitte, Büro                  |

---

### Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Fussgänger in Gefahr - wir fordern eine Trendwende“ (Nr. 2007/144);
- Kleine Anfrage von Regina Vogt, FDP Liestal, betreffend „Schulfrei am Banntag“ (Nr. 2007/145).

---

### Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtrat Peter Rohrbach teilt mit, er werde kurz über die Rechnung 2006 informieren. Sie schliesse positiv ab. Das Eigenkapital nehme um CHF 1,5 Mio. zu. Die Selbstfinanzierung betrage CHF 3,9 Mio. Die Investitionsrechnung sei auch im grünen Bereich. Der Finanzierungsüberschuss belaufe sich auf CHF 3,3 Mio. Er sei für den Schuldenabbau 06/07 vorgesehen. Die Stadt wolle pro Jahr mindestens CHF 1,5 Mio. Schulden abzahlen und CHF 2,5 Mio. für Investitionen reservieren. In der Laufenden Rechnung seien CHF 1,9 Mio. für Vorfinanzierungen von Investitionen erwähnt. Mit dem guten Rechnungsabschluss könne man die vorgesehenen Investitionen Kunstrasen und Steinenbruggli vorfi-

nanzieren, ebenso die Aussenraumgestaltung der Altstadt, und zwar die Seestrasse im Jahr 2008. Es sei recht schwierig, die Investitionen immer aufs Jahr genau zu terminieren.

Die Spezialfinanzierungen seien nicht zu vergessen, also die drei Kassen, die durch Gebühren gespiesen würden. Die Wasserkasse befinde sich im grünen Bereich. Die Schulden der Wasserkasse hätten Ende 2006 CHF 1,6 Mio. betragen. Sehr erfreulich sei der Bereich Abfall. Hier sei die Stadt lange im roten Bereich gewesen. Mit allen Massnahmen, die man ergriffen habe, befinde man sich nun auch hier durchwegs im grünen Bereich. Der Abschluss von Ende 2006 zeige ein Plus von CHF 197'000.-. Ausserdem habe sich ein Vermögen von CHF 370'000.- angehäuft. Dies eröffne Möglichkeiten, Massnahmen für ein noch saubereres Stedtli zu ergreifen. Die Abwasserkasse zeichne sich durch hohes Eigenkapital und Vermögen aus. Die Strategie sei hier, die Gebühren trotz Aufwandüberschuss nicht zu erhöhen. Dadurch würden das Eigenkapital und das Vermögen reduziert. Dies werde aber erst in drei bis fünf Jahren zu einem Thema.

- Stadträtin Marion Schafroth sagt, sie habe eine Mitteilung zum Thema Muslimgräber zu machen. Das letzte Mal habe der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 17. Januar 2007 anlässlich der Diskussion um die Überweisung des Postulats der SVP/CVP/EVP-Fraktion darüber gesprochen. Das Postulat sei damals nicht überwiesen worden. Sie habe aber die Stossrichtung des Stadtrats bekannt gegeben. Der Stadtrat habe damals Folgendes festgehalten: Beerdigungen seien Sache der Gemeinde. Grundsätzlich hätten die Einwohner Anspruch auf eine unentgeltliche Bestattung. Die Gemeinden seien dazu aufgefordert, Lösungen zu finden. Die Schweiz sei ein säkularer Staat; das bedeute, es gebe keine Sonderrechte für spezielle Gruppen. Man müsse also Lösungen im Rahmen der bestehenden Gesetze und Reglemente finden. Die Stadt gehe auf Anliegen von Minderheiten ein, solange dabei keine Werte gefährdet würden, die man hier als wichtig ansehe. Mit anderen Worten, der Respekt müsse auf beiden Seiten vorhanden sein. Es sollten auch keine besonderen Aufwendungen in finanzieller oder baulicher Hinsicht ausgelöst werden, und wenn doch, müssten die Kosten durch diejenigen, die die entsprechenden Wünsche hätten, übernommen werden. Der Stadtrat habe auch gesagt, er werde Gespräche mit allen direkt betroffenen und interessierten Kreisen führen. Erst bei genügendem Konsens werde er dem Einwohnerrat einen Vorschlag unterbreiten.

Nach genauer Überprüfung der Sachlage und vertieften Gesprächen habe sich gezeigt, dass der umstrittene Erdaustausch nicht notwendig sei. Das bedeute, man könne unkompliziert und ohne ausserordentliche Kostenfolge ein Erdbestattungsfeld für Muslime einrichten. Der Unterschied zu den hier üblichen Gräbern sei lediglich, dass diese Gräber nach Mekka ausgerichtet seien. Die Bestattungen fänden ebenfalls im Sarg statt, und nach Ablauf der Grabesruhe könnten die Gräber wiederbelegt werden. Die Ausscheidung eines solchen Grabfeldes könne durch einen Beschluss des Stadtrats erfolgen, da eine muslimische Erdbestattung konform zum gültigen Friedhofreglement sei. Diesen Beschluss habe der Stadtrat vergangene Woche nach ausführlicher Diskussion und reiflicher Überlegung gefasst. Sie selbst habe in allen Gesprächen von keiner Seite Widerstand gegen die jetzt vorliegende Lösung erfahren. Der Stadtrat sei überzeugt, mit diesem Vorschlag das religiöse Empfinden und die Gefühle der gesamten Bevölkerung so weit wie möglich berücksichtigt zu haben. Mögliche Alternativen wie die Schaffung eines separaten, neuen muslimischen Friedhofs oder eine Erweiterung des Friedhofareals habe der Stadtrat nicht weiter verfolgt, da der jetzt vorliegende Vorschlag die Bedürfnisse der Muslime im Gegensatz zu diesen Alternativen ohne grosse Kostenfolgen und mit minimalem organisatorischem Aufwand erfülle. Ein Communiqué zum Thema Muslimgräber sei heute an die Medien verschickt worden.

- Stadtrat Lukas Ott gibt bekannt, er wolle über die Bedarfserhebung zur Tagesschule Liestal orientieren. Der Einwohnerrat habe dem Stadtrat den Auftrag gegeben, eine Bedarfserhebung durchzuführen. Es sei eine Arbeitsgruppe geschaffen worden, der auch die Einwohnerratsmitglieder Claudia Roche und Nils Henn angehören würden. Eine Firma aus Zürich habe die Erhebung anfangs Jahr in Liestal durchgeführt. Die Ergebnisse lägen in einem umfangreichen Bericht vor. Morgen werde die Arbeitsgruppe davon Kenntnis nehmen und danach ihre Empfehlungen an die Schulbehörden und den Stadt-

rat weiterleiten. Nach den Sommerferien werde die Vorlage für den Einwohnerrat auf dem Tisch sein. Die Studie sei sehr repräsentativ; sie weise eine Rücklaufquote von 80 Prozent auf.

- Stadtrat Ruedi Riesen äussert, er habe vier Informationen weiterzugeben. 1.) An der Juni-Sitzung des Einwohnerrats werde der Schlussbericht zum Manor-Projekt bekannt gegeben, der zugleich die Postulatsbeantwortung der FDP bedeute. Man sei auf gutem Weg. Sowohl die Stadt als auch der Promoter seien sehr zufrieden. Im Juni werde der Quartierplan Bücheli an den Einwohnerrat abgegeben bzw. an die BPK überwiesen. 2.) Die Studienaufträge zum Wasserturmplatz seien dem Einwohnerrat vor der heutigen Sitzung präsentiert worden. Wer nicht dabei gewesen sei, könne die Pläne anschauen; sie seien im Rathaus aufgehängt. Der Stadtrat freue sich darüber, dass es einen klaren Sieger gegeben habe, der erst noch aus Liestal sei. 3.) Heute um 17 Uhr habe die Kantonspolizei zusammen mit dem Stadtbauamt im Heidenloch die erste Tempo 30-Zone offiziell eröffnet. Die Planung Burg habe man in Angriff genommen. Nach den Sommerferien werde der Stadtrat mitteilen, wann dieses Gebiet in die Tempo 30-Zone gelegt werde. 4.) Der Kantinenweg könne ab August 2007 gebaut werden. Die Projekteinsprachen seien vom Tisch.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass sich an jedem Platz ein Prospekt zu den Kinderkonzerten befinde. Zum fünften Mal finde die Eröffnung der Tournee in Liestal statt. Dies sei auch für das Standortmarketing der Stadt wichtig. Zum Thema Ausstandspflicht wolle sie beifügen, dass die Einwohnerrätin Elisabeth Spiess betroffen gewesen sei. Sie selbst sei juristisch dahingehend beraten worden, dass ein Ausstand auf der Tribüne nicht reiche, da Elisabeth Spiess Mitarbeitende der Stadt Liestal sei. Sie entschuldige sich bei Elisabeth Spiess für dieses Vorgehen. Jetzt kenne man die Handhabung, die sie zu hundert Prozent akzeptiere.

---

### Traktandenliste

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) teilt mit, er beantrage, das Traktandum 13 (Interpellation von Adrian Mächler und Beat Gränicher betreffend attraktives Stedtli am Landratspräsidentinnenfest, Nr. 2007/139) direkt nach der Pause zu behandeln. Das Traktandum im Juni kurz vor dem Landratspräsidentinnenfest zu besprechen, würde wenig Sinn machen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) antwortet, da sich niemand dagegen äussere, nehme sie die Änderung als genehmigt an.

---

**213 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**1. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Kunstrasenfelder auf der Sportanlage Gitterli (Nr. 2005/71, 2005/71a)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Mit der Überweisung des Postulats „Kunstrasenfelder auf der Sportanlage Gitterli“ wurde der Stadtrat beauftragt, die Finanzier- und Realisierbarkeit der Erstellung von mindestens einem Kunstrasenfeld abzuklären. Die heute zur Verfügung stehenden Naturrasenflächen können nicht das ganze Jahr genutzt werden und sind an ihre Kapazitätsgrenzen gestossen. Auf dem Gelände des heutigen Spielfeldes 3, im Nordosten des Stadions Gitterli, soll deshalb ein Kunstrasenspielfeld mit Ballfänger und Zäunen erstellt werden. Der projektierte Kunstrasenplatz erfüllt die Zulassungsbestimmungen für die 1. Liga inkl. Beleuchtungsanlage. Das Kunstrasenspielfeld soll einerseits den beiden Fussballclubs FC Liestal und VC Virtus ganzjährig zur Verfügung stehen. Andererseits sollen aber auch die öffentlichen Schulen, das Militär, die Zollschule und das Sportamt den Platz nutzen können. Beim Kunstrasen ist ein sog. quarzsand/gummigranulat-verfülltes System vorgesehen. Neben den sportspezifischen Kriterien müssen deshalb auch die Anforderungen der Umweltverträglichkeit erfüllt werden, da das Spielfeld teilweise in der Grundwasserschutzzone S2 des Pumpwerks Gitterli liegt. Damit kein Oberflächenwasser in das Grundwasser eintritt, wird im Bereich der Schutzzone eine Abdichtung verlegt und das gesamte restliche Wasser in Sickerleitungen gefasst und kontrolliert abgeleitet.

Die Bruttokosten für die Erstellung des Kunstrasenfeldes betragen CHF 1'450'000.-. Der Kanton Basel-Landschaft wird sich daran mit CHF 350'000.- beteiligen. Den stadtseitigen Anteil von CHF 1'100'000.- der Investitionskosten hat der Stadtrat durch eine Vorfinanzierung aus dem Ertragsüberschuss der Rechnung 2006 bereitgestellt. Die Bauausführung soll im Herbst 2007 erfolgen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

- 1.) Der Einwohnerrat stimmt der Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf dem Areal des Gitterlis zu.
- 2.) Der Einwohnerrat genehmigt den Bruttokredit von CHF 1'450'000.- zu Lasten von Konto 344.501.01.
- 3.) Das Postulat ist als erfüllt abzuschreiben.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, angesichts der Höhe des zu genehmigenden Kredits beantrage das Büro die Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission.

Hanspeter Stoll (SP) fügt hinzu, seine Fraktion sei ebenfalls für die Überweisung der Vorlage an die BPK. Sie habe aber den Wunsch, dass das Geschäft im Juni vor den Einwohnerrat komme, damit man den Zeitplan einhalten könne.

Nils Henn (FDP) äussert, auch die FDP-Fraktion sei aufgrund der grossen Summe für die Überweisung an die BPK. Sie gebe der BPK drei Punkte zur Bearbeitung mit: 1.) In der Vorlage sei nichts über das Thema Unterhaltskosten zu finden. 2.) Es sei auch nichts darüber zu finden, welche Gründe gegen andere Standorte sprechen würden. Das Kunstrasenfeld solle in die Grundwasserschutzzone zu liegen kommen, was nicht günstig sei und die Kosten hinauftriebe. 3.) Es sei seiner Fraktion auch zu wenig klar, welche anderen Vereine die Mög-

lichkeit und Interesse hätten, den Platz zu nutzen. Die FDP-Fraktion wäre ebenfalls froh, wenn das Geschäft in der Juni-Sitzung behandelt würde.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, die Diskussion über den Kunstrasen habe in der Grünen Fraktion viel Zeit gebraucht. Sie sei über den Fussball hinausgegangen. Die Grünen hätten sich mit der Sporterziehung im Allgemeinen auseinandergesetzt. Sie würden das Engagement der Sportvereine in Liestal sehr schätzen, auch dasjenige des FC Liestal. Die Grüne Fraktion wolle ihm Goodwill entgegenbringen. Sie sei aber an einem vielseitigen Angebot interessiert. Mädchen sollten im Sport die gleichen Chancen wie Buben haben, und die Grünen würden in erster Linie auf Breitensport setzen. Diesbezüglich seien in ihrer Fraktion kritische Stimmen laut geworden. Sie gebe dies hier bekannt, damit diese Themen auch in die Arbeit der BPK Eingang finden würden. In ihrer Fraktion habe man sich beispielsweise gefragt, ob man mit dem Kunstrasen etwa eine fragwürdige Entwicklung in Richtung Spitzensport unterstütze. Auch sei die Frage aufgetaucht, ob durch den Kunstrasen andere Plätze und Hallen vermehrt frei würden. Die Grüne Fraktion würde vom FC Liestal gerne konkrete Pläne hören, die sich aus einem neuen Kunstrasen umsetzen lassen würden. Sie sei auch für die Überweisung des Berichts an die BPK, hätte aber einen Vorschlag. In den Jahreszielen stehe der Nachhaltigkeitskompass auf der Liste. Die Grüne Fraktion wünsche sich, dass das Geschäft mit Hilfe dieses Kompasses beurteilt werde. Dies würde Aussagen zu den Komponenten Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft ergeben. Ihre Fraktion interessiere es auch, ob es möglich sei, den Platz der Öffentlichkeit zur freien Benutzung zur Verfügung zu stellen, wenn kein Verein darauf trainiere.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) erinnert daran, dass es jetzt um die Überweisung gehe. Es wäre hilfreich, die Debatte über die Nutzung dann zu führen, wenn sich die BPK mit dieser Frage auseinandergesetzt habe.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) betont, es gehe um Jugendpolitik und die Förderung von Sport und Bewegung. Es gebe Jugendliche, die auf Wartelisten von Vereinen stünden und nicht wüssten, wo sie in ihrer Freizeit hingehen sollten. Die Stadt wolle etwas bieten und bekomme vom Kanton Geld dafür. Mit dem Kunstrasen werde man für die nächsten 30 Jahre eine Lösung haben. Wenn das Geschäft an die BPK gehe, werde man dort gerne alle Fragen prüfen und beantworten. Es gebe bereits viele Erfahrungen mit Kunstrasenbauten. Seine Fraktion sei auch der Meinung, dass das Geschäft der BPK zu übergeben sei.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fragt, wenn auf diesem Rasen 1. Liga-Spiele stattfinden würden, ob dann auch die Forderung nach einer Tribüne kommen könne. Diese Frage könne auch in der BPK behandelt werden.

Jürg Holinger (GL) hält fest, der Rat mache verantwortungsvolle Politik. Wenn er einen so hohen Betrag bewilligen solle, wolle er die Angelegenheit gut prüfen. Die aufgetauchten Fragen seien zum grössten Teil weit weg von dem, was in der Vorlage stehe. Wenn die BPK den Bericht bis zur Juni-Sitzung bereitstellen wolle, müsse die Verwaltung sehr viele Informationen liefern.

://: Der Bericht des Stadtrates zum Postulat von Stefan Saladin betreffend Kunstrasenfelder wird einstimmig an die BPK überwiesen.

**214 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**2. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion betreffend Steinenbrüggli (Nr. 2005/73, 2005/73a, 2005/73b)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

An der Einwohnerratssitzung vom 13. Dezember 2006 wurde die Antwort des Stadtrats zum Postulat Steinenbrüggli (Vorlage 2005/73a) diskutiert. Die Anträge des Stadtrats wurden nicht genehmigt, sondern das Postulat wurde an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Kosten für eine Sanierung genauer zu ermitteln.

Um die höchstmögliche Kostengenauigkeit zu erreichen, hat der Stadtrat für die einzelnen Arbeitsgattungen Submissionen durchführen lassen. Auf der Basis von verbindlichen Offerten lassen sich die Kosten für die Sanierung der Brücke auf CHF 510'000.- festlegen (gegenüber angenommenen CHF 450'000.- in der Vorlage 2005/73a).

Die Anträge des Stadtrates lauten:

- 1.) Der Einwohnerrat nimmt zustimmend Kenntnis davon, dass das Steinenbrüggli unter Denkmalschutz gestellt und saniert wird.
- 2.) Der Einwohnerrat bewilligt einen Bruttokredit von CHF 510'000.- für die Sanierung des Steinenbrüggli.
- 3.) Das Postulat Nr. 2005/73 wird als erfüllt abgeschrieben.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, es handle sich um den zweiten Bericht des Stadtrats zu diesem Postulat. Das Büro beantrage auch hier die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

Franz Kaufmann (SP) teilt mit, seine Fraktion sei aus verschiedenen Gründen der Meinung, der Einwohnerrat könne das Geschäft heute direkt beraten. Nun liege eine umfassende Vorlage mit detaillierteren Kostenberechnungen vor. Die BPK sei auch dazu da, ein Geschäft in fachlicher Hinsicht zu beurteilen. Das sei bei einem historischen Bauwerk relativ schwierig.

Hans Brodbeck (FDP) ergänzt, in der FDP-Fraktion habe es zuerst auch geheissen, man könne die Vorlage eventuell direkt beraten. Dann sei man in der Diskussion aber zum Schluss gekommen, dass das Geschäft doch an die BPK gehen solle, weil es noch immer einige Unbekannte enthalte. Die Kosten seien nun höher veranschlagt, was mit der Teuerung begründet werde. Eigentlich sei diese Teuerung aber schon im Dezember bekannt gewesen. Seine Fraktion würde gerne geklärt haben, wo die Mehrkosten tatsächlich entstünden. Es gebe auch keinen Posten Unvorhergesehenes. Es handle sich um ein sehr altes Gemäuer. Man müsse sich die Frage stellen, wie gross das Risiko sei, dass das Budget überzogen werde. Ihn interessiere ausserdem das alte Eisengeländer der Brücke. Er fände es schade, wenn es verschwinden würde. Vom Stadtrat sei dazu bisher nichts bekannt. Unter all diesen Voraussetzungen sei die FDP-Fraktion für die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, es sei die Absicht des Stadtrats, das Eisengeländer zu erhalten, falls dies möglich sei.

://: Der Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Steinenbrüggli wird mit 26 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an die BPK überwiesen.

**215 S.2.4. Strassen, Wege, Trottoirs**

**3. Bericht des Stadtrates betreffend Hammerstrasse - Genehmigung Bau- und Strassenlinienplan (Nr. 2007/142)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes mit:

Die Hammerstrasse dient der Erschliessung des Gewerbegebiets Niederschöntal in den Gemeinden Füllinsdorf und Liestal. Sie vermag in ihrem heutigen Ausbauzustand diese Funktion voll zu erfüllen. Mit dem neuen Bau- und Strassenlinienplan Hammerstrasse soll der heutige Zustand auch rechtlich verankert werden.

Der BSP Hammerstrasse wurde wegen der Überarbeitung des Strassennetzplans mit der Revision Ortsplanung zurückgestellt. Aufgrund eines grösseren Bauvorhabens auf der Parzelle 4170 soll der BSP zur Beschlussfassung gelangen. Der Strassennetzplan wird im laufenden Verfahren angepasst.

Der Antrag des Stadtrates lauten:

Der Einwohnerrat beschliesst den neuen Bau- und Strassenlinienplan Hammerstrasse.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, zur Vergleichbarkeit mit anderen Geschäften ähnlicher Art beantrage das Büro die Überweisung an die BPK.

Stadtrat Ruedi Riesen meint, er erachte es als völlig übertrieben, die Vorlage an die BPK zu überweisen. Es liege ein Schreiben der Firma vor, die dort bauen wolle. Sie habe mitgeteilt, dass sie mehr Raum benötige und auf einen möglichst raschen Baubeginn angewiesen sei. Es seien lediglich einige Linien zu verändern. Er frage sich, was die BPK hier beraten solle.

Jürg Holinger (GL) hält fest, die Grüne Fraktion sei auch für Direktberatung. Für die BPK sei zu wenig Fleisch am Knochen. Die Verbreiterung der Veloverbindung und des Fussgängerwegs sei absolut in Ordnung.

Regula Nebiker (SP) fügt hinzu, die SP-Fraktion sei auch für Direktberatung. Die Vorlage sei einfach. Die BPK solle nicht unnötig überlastet werden.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) äussert, sie schliesse sich ihren Vorrednern an. Das Geschäft sei nicht kompliziert und könne rasch vorwärts gebracht werden.

Pascal Porchet (FDP) ergänzt, dieser Dynamik schliesse sich auch seine Fraktion an.

Ratspräsident Marie-Theres Beeler (GL) fragt, wer für die Direktberatung sei. Sie stelle fest, dass die Direktberatung bei zwei Enthaltungen beschlossen sei.

Pascal Porchet (FDP) meint, lediglich aufgrund eines Briefes einer Firma entstehe eine unglaubliche Dynamik. Das sei aber in Ordnung. Irritiert habe ihn die Breite von 3.50 Metern. In der Regel betrage sie 5 Meter. Von ihm aus gesehen mache die Breite von 3.50 Metern in einem Industrieareal aber Sinn. Er würde gerne wissen, warum man auf der Parzelle 4039 damals bis an Strasse habe bauen dürfen.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, diese könne er nicht beantworten. Er leite sie an den Leiter des Stadtbauamts, Martin Hofer, weiter, der sich auf der Tribüne befinde.

Ratspräsident Marie-Theres Beeler (GL) sagt, Martin Hofer sei eingeladen, von der Tribüne zu kommen und vor dem Rat als Experte zu reden.

Martin Hofer legt dar, in den letzten Jahren habe man den Regelabstand von 3.50 Metern immer eingehalten. Zufälligerweise habe die ganze Hammerstrasse auch diese 3.50 Meter Abstand von der Strassenlinie. Deshalb sei man für das Beibehalten dieser Baulinie. Die Frage zur Parzelle 4039 habe er nicht ganz verstanden.

Pascal Porchet (FDP) wiederholt, er würde gerne wissen, weshalb man dort bis ganz vorne hin bauen dürfen.

Martin Hofer antwortet, dies könne er nicht beantworten.

Hans Brodbeck (FDP) erläutert, auf der Parzelle 4039 stehe eines der ganz alten Gebäude an dieser Strasse. Seiner Meinung nach sei dies eine Textilfabrik gewesen.

Ratspräsident Marie-Theres Beeler (GL) unterstreicht, das heisse, ein Gebäude befinde sich vor dieser Baulinie. Wenn es neu gebaut würde, könnte es nicht mehr dorthin gebaut werden. Sie danke Martin Hofer für seine Erläuterungen.

://: Der neue Bau- und Strassenlinienplan Hammerstrasse wird einstimmig genehmigt.

**216 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne**

**4. Bericht des Stadtrates betreffend Bahnhofareal, Umsetzung Quartierplan 1 - Projekt- und Kreditgenehmigung (Nr. 2007/143)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes mit:

Der Quartierplan Bahnhofareal 1 wurde mit Genehmigung durch den Regierungsrat am 19. September 2006 rechtskräftig. Auf der Basis des Quartierplans wurde das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag erarbeitet, welches nun vorliegt. Hauptbestandteile des Projekts sind:

- Neubau Oristalbrücke,
- Neubau Bushof,
- Korrektion Soodweg.

Die Realisierung aller drei Projektteile erfolgt in Abhängigkeit und enger Koordination mit dem Neubauprojekt der Kantonalbank. Bauherrschaft für alle drei Projektteile ist die Stadt. Kostenträger für die Neubauten Oristalbrücke und Bushof ist der Kanton. Die Kosten von total CHF 2'200'000.- sind Bestandteil des Kredits für den Ausbau der S-Bahn. Zu Lasten der Stadt erfolgt die Korrektion des Soodweges. Diese Kosten betragen CHF 350'000.-.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt die Projekte Neubau Oristalbrücke, Neubau Bushof und Korrektion Soodweg.
2. Der Einwohnerrat genehmigt den Kredit für die Korrektion Soodweg von CHF 350'000.-.
3. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass die Projekte Neubau Oristalbrücke und Neubau Bushof durch den Kanton finanziert werden.

---

Ratspräsident Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, das Büro stelle einen Überweisungsantrag. Die Vorlage solle der BPK übergeben werden.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion unterstütze die Überweisung, unter anderem, weil die BPK im Bericht zum Quartierplan Wünsche geäussert habe. Es wäre nun interessant zu prüfen, ob diese Wünsche realisiert würden. Zusätzlich würde er gerne prüfen, ob man eine bewachte Velostation in diesen Quartierplan integrieren könne.

Franz Kaufmann (SP) sagt, auch seine Fraktion unterstütze den Antrag des Büros. Es mache Sinn, dass die Bau- und Planungskommission das Thema weiter begleite.

Pascal Porchet (FDP) fügt hinzu, auch seine Fraktion sei für die Überweisung.

Ernst Burkhardt (SP) betont, er wolle auf die Öffnung hinweisen, die flächenmässig im Quartierplan sei. Er sei der Meinung, dass die BPK dieses Thema ansprechen solle.

://: Der Bericht des Stadtrates betreffend Bahnhofareal, Umsetzung Quartierplan 1, wird einstimmig an die BPK überwiesen.

**217 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**5. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Erschliessung Gräubern (Nr. 2006/128)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation Erschliessung Gräubern**

Mit grossem Missbehagen mussten wir den Entscheid des Baselbieter Enteignungsgerichtes betreffend Erschliessung Gräubern zur Kenntnis nehmen (Baz 28.11.06). Aufgrund der Strassenbezeichnung („Sammelstrasse“ statt „Gewerbestrasse“) entstehen für die Stadt Mehrkosten von SFr. 600'000.-.

Der Stadtrat war stets bemüht, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Ansiedlung von Gewerbe im Gräuberngebiet rasch zu ermöglichen. („Der Stadtrat unterstützt die Erschliessung, in der Gewissheit, dass dieses Gebiet attraktiven Gewerbebetrieben die Möglichkeit bietet, in Liestal zu bleiben oder sich in Liestal anzusiedeln.“ Zit. aus der Abstimmungsvorlage vom 07. Juni 1998.)

Die privaten Investoren waren offenbar auch auf die Vorleistungen der Stadt angewiesen, um das Projekt vorantreiben zu können. Man wird den Verdacht nicht los, dass die involvierten Grundeigentümer die Leistungen der Öffentlichkeit beanspruchen und fordern, im Gegenzug dann aber jene Gesetzeslücke suchen, um mittels Spitzfindigkeiten und Wortklaubereien den anfallenden Kosten auszuweichen bzw. diese der öffentlichen Hand zu überlassen. In der Beilage zum Perimeterplan (vom 19.11.1999: provisorischer Kostenverteiler) wurde der Anteil für die Grundeigentümer Gewerbezone mit 100% ausgewiesen. Der Strassenbau diene in erster Linie dazu (das war und ist wohl allen klar), das geplante, gewerbliche Grossprojekt zu ermöglichen.

Wenngleich die Einsprache der Grundeigentümer durch eine gerichtliche Instanz gestützt wird, ist unser Rechtsempfinden verletzt. Wir sind der Meinung, dass ein öffentliches Interesse daran besteht, den Sachverhalt im Einwohnerrat zur Sprache zu bringen, und bitten den Stadtrat, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat sich die Stadt von den Grundeigentümern drängen lassen, die Erschliessung des Areals voranzutreiben?
2. Hat die Stadt unter dem Zeitdruck allenfalls gesetzlich festgelegte Verfahren missachtet?
3. Ist es zutreffend, dass ohne diese Vorleistung der Stadt kein Baubewilligungsverfahren hätte eingeleitet werden können?
4. Gibt es rechtliche Mittel, um den Entscheid des Enteignungsgerichtes anzufechten?
5. Erwägt der Stadtrat weitere Schritte?

Franz Kaufmann  
SP-Fraktion  
11. Dezember 2006

---

Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, das Thema sei eigentlich bereits überholt. Mittlerweile sei das Futuro-Gebäude am Entstehen. Er beantworte die Fragen wie folgt:

- 1.) Die Erschliessung des Areals Gräubern habe dem Interesse der Grundeigentümer und der Öffentlichkeit gedient. Man habe vor allem die Erschliessungssituation bezüglich der bestehenden Liegenschaften klären und den WB-Übergang verbessern wollen. Man habe aber auch das neue Gewerbeland erschliessen wollen, weil mehrere Firmen von Liesetal weggezogen seien und man dort Land anbieten wollen.
- 2.) Nein. Das Verfahren sei nach geltendem Recht vor sich gegangen. Das Gerichtsurteil sei zum Nachteil der Stadt erfolgt. Der Grund dafür liege im Interpretationsspielraum des Strassenreglements. Diesen Mangel werde man schnellstens beheben.
- 3.) Bestehende Bauten hätten ohne diese Erschliessung saniert oder umgebaut werden können. Alle neu entstehenden Bauten wären ohne die Erschliessung nicht bewilligt worden.
- 4.) Ja. Man könne beim Kantonsgericht Beschwerde erheben.
- 5.) Der Stadtrat habe keine weiteren Schritte erwogen. Er habe aber eine Einigung mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung erzielt. Der Stadtrat sei mit diesem Entscheid zufrieden.

Franz Kaufmann (SP) sagt, er danke dem Stadtrat für seine Antworten. Die Interpellation stamme vom 11. Dezember 2006. Inzwischen habe ein Vergleich stattgefunden und man habe angefangen zu bauen. Eine Diskussion erübrige sich aus seiner Sicht.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**218 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**6. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend „Sauberes Liestal“ (Nr. 2006/102, 2006/102a)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Mit der Überweisung des Postulats „Sauberes Liestal“ wurde der Stadtrat beauftragt, möglichst umfassend zu prüfen, mit welchen Massnahmen sich die Verschmutzung des öffentlichen Raums nachhaltig vermindern lässt.

In diesem Zwischenbericht zeigt der Stadtrat auf, welche Möglichkeiten grundsätzlich zur Verfügung stehen und welche davon er wie umsetzen will. Er beabsichtigt, schwergewichtig folgende vier Punkte weiter zu bearbeiten: Anti-Littering-Kampagne (Prävention), Ausbau Service und Überprüfung Infrastruktur (Leistungsausbau), Bussen (Repression) und Geschirr-Mehrwegsysteme bei öffentlichen Veranstaltungen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht zum Postulat „Sauberes Liestal“.

---

Hans Rudolf Schafroth (SVP/SVP/EVP) führt aus, er danke für die schnelle und umfassende Beantwortung seines Vorstosses. Man finde gute Lösungsabsichten, die seine Fraktion als praktikabel ansehe und die zu einer Verbesserung der Situation beitragen würden. Alle Anwesenden seien als Vorbilder gefordert. Wenn man jeden Tag etwas vom Boden aufhebe, das da nicht hingehöre, und in einen Papierkorb lege, wäre dies schon ein grosser Beitrag. Alle Leistungsbezüger der Stadt Liestal würde er gerne in eine Arbeitsleistung einbinden. So könnten sie einen Beitrag an die Stadt leisten. Gewisse Leute wären froh, wenn sie regelmässig einen Beitrag an die Allgemeinheit leisten könnten. Der Abschlussbericht sei in zwei bis drei Jahren zu erwarten. Er wünsche sich einen Zwischenbericht in rund einem Jahr, damit man sehe, ob schon Erfolge zu verzeichnen seien. Seine Fraktion nehme den Zwischenbericht wohlwollend zur Kenntnis.

Ernst Burkhardt (SP) meint, es handle sich bei den Vorschlägen um reine Symptombekämpfung. Der Stadtrat könne aber nicht mehr machen. Es sei eine verheerende Entwicklung zu einer ausgereiften Wegwerfgesellschaft festzustellen. Eigentlich müsse sich jeder der Anwesenden als Heuchler bezeichnen, denn man habe eine ganz andere Art von Abfall vergessen, die Autoabgase. Sie führten letztlich dazu, dass die Gletscher schmelzen würden und nicht mehr genug Schnee falle. Man müsse auch dies zur Kenntnis nehmen. Es gebe unsichtbaren Abfall, der die Luft kaputt mache und die Klimaproblematik verursache.

Corinne Ruesch (GL) sagt, die Grüne Fraktion nehme positiv Kenntnis vom Zwischenbericht. Er zeige auf, dass der Stadtrat nicht nur repressive und strukturelle Massnahmen wie Bussen und Infrastruktur plane, sondern auch präventive und Anreiz schaffende Massnahmen wie die Anti-Littering-Kampagne und die Verwendung von Mehrweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen. Gerade die letzten zwei Massnahmen würden zum Umdenken beitragen. Es sei gut, dass die Anti-Littering-Kampagne über die nächsten Jahre geplant werde. Sie wolle den Stadtrat darin bestärken, die Aktion darüber hinaus zu institutionalisieren. Eine Sensibilisierung der Bevölkerung geschehe nicht von heute auf morgen. Positiv sei auch, dass vorgesehen sei, unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. 50 Prozent des Abfalls stammten von Jugendlichen und 50 Prozent von Erwachsenen. Dass die Einführung einer Massnahme wie die Verwendung von Mehrweggeschirr gut funktioniere, habe das Eigenös-

sische Musikfest in Luzern habe gezeigt. Sie wolle dem Stadtrat auch ans Herz legen, einen Blick auf die Abfallpolitik von Basel-Stadt zu werfen. Dort werde die Abfallproblematik auf verschiedene Arten thematisiert. Schulklassen würden sich beispielsweise verpflichten, etwas im Abfallbereich zu unternehmen.

Hans Brodbeck (FDP) legt dar, seine Fraktion finde, der Bericht zeige gut auf, was möglich sei. Er zeige auch, dass der Abfall nicht vom Himmel falle. Kontrollen führten offenbar zu verändertem Handeln. Die Mobilität fördere die Produktion von Abfall. Die Kinderstube sei auch nicht besser geworden. Bei Begehungen im Stedtli habe seine Fraktion festgestellt, dass der Abfall dort, wo die Wischmaschine nicht hinkomme, liegen bleibe. Seine Fraktion würde es begrüßen, wenn Jugendliche statt Papier Abfall sammeln würden. Diese Arbeit solle auch bezahlt werden. Bezüglich Mehrweggeschirr sei die Region weniger weit als andere Städte, auch im Ausland. Sauberkeit schaffe Sicherheit. Hier sehe seine Fraktion ein Problem für das Einkaufszentrum Liestal. Private Einkaufszentren könnten Sauberkeit und Ordnung durchsetzen. Für das Zentrum von Liestal sei es enorm wichtig, wieder an Sauberkeit zu gewinnen. Sauberkeit müsse auch im Erscheinungsbild zum Tragen kommen. Hier habe man mit den vielen geflickten Strassen ein Problem. Die FDP-Fraktion danke dem Stadtrat für den Zwischenbericht und den Betrieben für die tägliche schwere Arbeit. Sie sei gespannt, wie es weitergehe.

Paul Finkbeiner (FDP/CVP/EVP) sagt, er wolle den Stadtrat in Bezug auf den Vorschlag von Corinne Ruesch warnen. Wenn er lese, dass das Rheinbord regelmässig durch Abfall, Kot und Urin stark verunreinigt sei, scheine es ihm nicht geschickt, so sehr nach Basel zu blicken.

Vreni Wunderlin (FDP) fragt, ob die Strassenreinigung am Wochenende nicht mehr möglich sei. Diese könnten doch eventuell auch Jugendliche erledigen. Sie würde gerne wissen, ob man diese Aufgabe an Dritte vergeben müsse.

Stadträtin Marion Schafroth erwidert, sie habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat mit seinen Vorschlägen im Grossen und Ganzen richtig liege. Abfall gebe es überall dort, wo die soziale Kontrolle fehle. Man müsse bis zu einem gewissen Ausmass mit dem Problem leben. Was den Wunsch nach einem Zwischenbericht in einem Jahr betreffe, so werde man schauen, wie die Entwicklung verlaufe. Wenn es etwas zu berichten gebe, werde der Stadtrat einen weiteren Zwischenbericht vorlegen. Er wolle nicht nur Symptombekämpfung, sondern erhoffe sich von den geplanten Massnahmen auch erzieherische Wirkung. Die Bevölkerung sei dankbar für Kampagnen. Bezüglich der geplanten Kampagne habe die Stadt Zusagen von Frenkendorf, Füllinsdorf und Pratteln erhalten. Eventuell kämen Zusagen weiterer Gemeinden. Die Kosten würden aufgeteilt. Der Kanton beteilige sich mindestens im ersten Jahr ebenfalls mit einem namhaften Betrag. Den Blick nach Basel habe Liestal getan. Die Schulen habe die Stadt noch nicht einbezogen. Vielleicht werde man dies im Lauf der Kampagne tun. Die Kindergärten und Primarschulen würden bereits Aufklärung in Sachen Abfall betreiben. Jugendliche fürs Abfallsammeln einzusetzen, sei keine schlechte Idee. Sie werde sie weiterverfolgen. Bei der Reinigung am Wochenende ziehe die Stadt eine Lösung mit Externen vor. Man könne so eine kostengünstigere Lösung finden. Die Stadt habe sich aber noch nicht festgelegt. Man könne beispielsweise Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose oder Asylbewerber einbeziehen. Vielleicht eröffne sich auch eine Möglichkeit im Zusammenhang mit der Velostation, da dort Arbeitslose involviert seien. Auch Vereine oder Schulklassen kämen in Frage. Man suche noch nach der besten Lösung.

://: Vom Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat betreffend „Sauberes Liestal“ wird einstimmig Kenntnis genommen.

**219 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**13. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Adrian Mächler namens der FDP-Fraktion und Beat Gränicher namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend attraktives Stedtli am Landratspräsidentinnenfest (Nr. 2007/139)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation „Attraktives Stedtli am Landratspräsidentinnenfest“**

Am 2. Juli findet das Landratspräsidentinnenfest in Liestal statt. Dies ist eine gute Gelegenheit, Liestal positiv darzustellen. Deshalb trägt die Stadt Liestal CHF 30'000.- an die Kosten bei. Schöne Kulissen bilden die Rathausstrasse mit Blick auf das Regierungsgebäude und der Zeughausplatz. Aus der Zeitung vernahm man, dass das Fest ausserhalb des Stedtli vor dem Törli in der Umgebung des Wasserturmplatzes geplant sei. Die Umgebung ist weder attraktiv noch zeigt sie den Charme von Liestal auf.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass ein Fest innerhalb des Stedtli einen attraktiveren Rahmen bietet?
- Welchen Einfluss nimmt der Stadtrat auf die Standortwahl des Festplatzes?
- Kann der Beitrag an das Fest an Bedingungen seitens der Stadt geknüpft werden?

Einwohnerrat Liestal

Adrian Mächler / FDP-Fraktion

Beat Gränicher / SVP/CVP/EVP-Fraktion

2. April 2007

---

Stadtrat Lukas Ott beantwortet die Fragen wie folgt:

1.) Der Stadtrat habe verschiedene Gründe, das Fest auf dem Wasserturmplatz durchzuführen. Erstens fänden im Juni diverse Anlässe in der Rathausstrasse und auf dem Zeughausplatz statt. Der Stadtrat sei der Meinung, es sei wichtig, dass es in der Altstadt nicht zu Überbelegungen komme. Es brauche immer den Goodwill der Anwohner und Geschäfte. Im August finde deshalb das Naturtalentfestival auf dem Gestadeckplatz statt. Der zweite massgebende Grund sei der Wille der Gastro-Betriebe am Wasserturmplatz gewesen, sich vor ihrer Türe einzubringen. Der dritte Grund sei die Aussenraumgestaltung im Bereich Poststrasse / Wasserturmplatz / Büchelistrasse. Man wolle hier einen städtebaulichen Akzent setzen und die Wahrnehmung für diese Zone schärfen. Ein solches Fest biete sich dazu an.

2.) Der Stadtrat habe seinen Einfluss wahrgenommen, indem er auf Antrag des Organisationskomitees beschlossen habe, dass das Fest auf diesem Platz stattfinden könne.

3.) Es würden die normalen formalen Bedingungen gelten, die an jede Veranstaltung geknüpft würden. Der Stadtrat habe insbesondere Erwartungen an das Fest. Es solle ein positives, vitales Signal aussenden. Der Stadtrat sei überzeugt, dass sowohl das Kochen live der Gastronomiebetriebe als auch das Bühnenprogramm so viel Charme entwickeln würden, dass man von diesem Anlass begeistert sein werde.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten und erklärt sich davon befriedigt. Trotzdem wünscht er die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) führt aus, vieles sei klar geworden. Die Interpellanten seien nicht gegen das Fest, sondern hätten nur ihre Meinung äussern wollen.

Adrian Mächler (FDP) fügt hinzu an, er danke herzlich für die ausführliche und sauber begründete Antwort. Er finde es schade, dass man das Stedtli mit anderen Anlässen fülle, bevor man dieses Fest einplane. Wenn er Landratspräsident wäre, käme er sich zweitklassig vor. Die Kulisse werde nicht so schön wie diejenige der Rathausstrasse sein. Es wäre gut, das Fest das nächste Mal im Stedtli durchzuführen.

Erika Eichenberger (GL) stellt fest, man sei in Liestal dabei, die Grenzen etwas zu öffnen. Sie halte dies für eine schöne Tendenz. Man versuche, die verschiedenen Plätze neu zu beleben. Man könne auch den Wasserturmplatz erleben und sich davon überraschen lassen, wie diese Umgebung wirke. Dank dem Wettbewerb könne man vom neuen Platz träumen. Wichtig sei auch, dass man der Gastronomie entgegenkomme. Sie freue sich darauf, den Wasserturmplatz als Ort des Zusammenseins zu erleben.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**220 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**7. Bericht des Stadtrates zur Motion des Büros des Einwohnerrates betreffend Anpassung des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat (Nr. 2006/115, 2006/115a)**

Der Stadtrat teilt in seinem Bericht zusammengefasst Folgendes mit:

Mit der Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte im Jahre 2006 wurden verschiedene Aufgaben, die bisher kantonale Stellen wahrnahmen (Regierungsrat und Bezirksstatthalteramt), auf die Gemeinden übertragen. Hierbei belies der kantonale Gesetzgeber den Gemeinden im organisatorischen Bereich einen gewissen Gestaltungsspielraum, der nun im Geschäftsreglement des Einwohnerrates zu regeln ist. Am 26.09.2006 überwies das Büro des Einwohnerrates eine Motion, die die Änderung der §§ 59 und 76 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat anregt.

Der Stadtrat unterstützt die Änderungsvorschläge des Büros des Einwohnerrates und schlägt dem Einwohnerrat vor, diese ergänzt durch weitere Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zu beschliessen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat beschliesst die Änderungen bezüglich der §§ 24 Abs. 6, 26 Abs. 5, 59, 76 Abs. 1, 87 Abs. 1 Geschäftsreglement für den Einwohnerrat (ESL 131.1).

---

Ratspräsident Marie-Theres Beeler (GL) erklärt, zwei Änderungen gingen auf die Initiative des Büros zurück. Der Stadtrat schlage drei weitere Änderungen vor. Die Wahlen sollten künftig durch den Einwohnerrat und die GPK erwahrt werden. Der Stadtrat schlage vor, dass die GPK die Erhaltungsinanz sei. Bezüglich Amtszeit sollten ordentliche und ausserordentliche Kommissionen künftig gleich behandelt werden; das bedeute, die Mitglieder der ausserordentlichen Kommissionen sollten ebenfalls nach zwei Amtsperioden ausscheiden. Ausserdem werde eine redaktionelle Änderung beim Text über die publikationspflichtigen Einwohnerratsbeschlüsse gewünscht. Das Büro habe den Eindruck gehabt, dass man das Geschäft nicht unbedingt an die GoR überweisen müsse.

Adrian Mächler (FDP) meint, es wäre schade, wenn die Vorlage nicht zur Überprüfung an die GoR überwiesen werde.

Walter Leimgruber (SP) sagt, er rede im Namen der GoR. Die Kommission sei zu keinem klaren Entscheid gekommen. Ein Teil sei der Meinung gewesen, man könne die Vorlage auch direkt beraten.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) erläutert, von fünf Änderungen seien bereits zwei diskutiert worden. Eine weitere sei redaktioneller Art, und über zwei Änderungen könne man noch reden, nämlich die Anpassung der Amtsperiode bei den Spezialkommissionen und die Erhaltung der Wahlen durch die GPK.

://: Der Bericht des Stadtrates wird mit 24 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) überwiesen.

**221 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**8. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend die Mütter- und Väterberatungsstelle Liestal (Nr. 2006/129)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation betreffend die Mütter – und Väterberatungsstelle Liestal**

Die Pro Juventute hat ihren Vertrag als Trägerin der Mütter - und Väterberatungsstelle per 31.12.2006 gekündigt. Mütter- und Väterberatungsstellen bieten ein niederschwelliges Beratungsangebot für Eltern mit Kleinkindern. Mit der Beratung zu den Themen Stillen, Ernährung, Entwicklung sind sie eine wichtige Anlaufstelle für junge Mütter und Väter. Die speziell für diese Aufgabe ausgebildeten Kinderkrankenschwestern haben das Vertrauen der jungen Eltern, können Schwierigkeiten früh erkennen und die Eltern mit ihrem Fachwissen unterstützen. So bieten die Mütter- und Väterberatungsstellen auch vorausschauende Entwicklungsberatung, Kurse für werdende und junge Eltern, Informationen und Hinweise auf Angebote im Säuglings- und Kleinkinderbereich. Eltern werden begleitet und bei Bedarf an weitere Fachstellen verwiesen.

Nicht selten sind die Beratungsstellen auch ein Treffpunkt für frischgebackene Eltern, die sich hier über ihre Freuden und Nöte austauschen können. Viele Eltern kommen über die Mütter- und Väterberatungsstelle erstmals mit weiteren Angeboten der Gemeinde in Kontakt. Für die Prävention ist sie also eine sehr wertvolle Einrichtung. Insbesondere bei der Integration von Migrantinnen- und Migranten können die Beratungsstellen eine zentrale Rolle spielen (siehe Projekt Miges Balu / St Gallen unter [www.ovk.ch](http://www.ovk.ch)).

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchem Umfang führt die Stadt Liestal das Angebot der Beratungsstelle weiter?
2. Nützt die Stadt den Neuanfang für eine Überprüfung des Konzeptes?
3. Von wem wird das Angebot genutzt? (Wurden bereits Daten betreffend Klientel der Stelle erhoben und ausgewertet?)
4. Wie rege wird die Stelle auch von Migrantinnen und Migranten besucht? Wie wird der Fremdsprachigkeit Rechnung getragen?
5. Wie ist die Vernetzung mit anderen Stellen gewährleistet?
6. Nützt die Stelle in Liestal die Möglichkeiten betreffend Prävention und Integration optimal?

Erika Eichenberger  
Grüne Fraktion  
11. Dezember 2006

---

Stadtpräsidentin Regula Gysin beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Das Angebot der Mütter- und Väterberatungsstelle werde im gleichen Umfang weitergeführt. Sie befinde sich jetzt an der Büchelistrasse. Neu sei, dass Interessentinnen und Interessenten normalerweise dorthin gingen und Hausbesuche nur in Ausnahmefällen gemacht würden. Es würden auch Gruppengespräche angeboten, damit Mütter und Väter sich kennen lernen und ihre Erfahrungen austauschen könnten.
2. Es gebe keine Veranlassung, das Konzept zu überarbeiten. Die Rückmeldungen auf die Arbeit der Beratungsstelle seien sehr positiv.

3. Das Angebot werde vor allem von Familien genutzt, die das erste Kind bekommen hätten, ausserdem von Eltern, die kein Beziehungsnetz hätten und mit ihren Fragen alleine seien.
  4. Die Stelle werde rege von Personen aus anderen Kulturen benutzt, speziell von famili-schen Familien. Junge Mütter aus dieser Kultur würden ihre Eigenständigkeit suchen und seien es auch gewohnt, dass mehrere Personen ein Mitspracherecht bei der Erziehung hätten. Dolmetscher würden punktuell eingesetzt, wenn dies gewünscht werde.
  5. Die Vernetzung mit anderen Stellen sei ein Kerngebiet in diesem Beruf. Es gebe einen regelmässigen Austausch und auch gemeinsame Weiterbildungen mit anderen Stellen.
  6. Die Prävention sei eine der Hauptaufgaben von Mütter- und Väterberatungen. Die Themen Ernährung, Erziehung und Entwicklung würden im Vordergrund bleiben.
- Die Stadt habe einen neuen Leistungsvertrag mit dem Verein Tagesfamilien Oberes Basel-biet (VTOB) abgeschlossen können. Die neue Mütter- und Väterberaterin heisse Edith Boh-ny-Erne und war die Stellvertreterin der vorherigen Stelleninhaberin.

Erika Eichenberger (GL) dankt dem Stadtrat für seine Antworten und erklärt sich davon be-friedigt, wünsche aber die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Erika Eichenberger (GL) legt dar, sie wisse, dass diese Stellen wichtige Arbeit leisten würden und habe gehofft, dass sie in gleichem Umfang weitergeführt werde. Den Anstoss zu ihrer In-terpellation habe eine Radiosendung gegeben. Sie habe gehört, dass diese Stelle im Raum St. Gallen gross ausgebaut worden sei, und zwar als Treffpunkt von Familien und als Schnittstelle zu allen anderen Angeboten im Rahmen der Frühförderung. In einem Zeitungs-artikel habe sie ebenfalls gelesen, man müsse mehr in die Frühförderung investieren. Später sei die Chancengleichheit nicht mehr gegeben. Man rede immer von der Gewaltproblematik. Die Schere der Gleichberechtigung gehe mit den Sprachkenntnissen auf. Dies fange in den ersten Lebenswochen an. Diesem Umstand trage man noch immer zu wenig Rechnung. Man fördere manche Kinder durch die ganze Schulzeit hindurch und bekomme sie doch nicht so weit, dass sie eine Lehrstelle erhielten. St. Gallen habe dies erkannt. Vielleicht kön-ne man die gut funktionierende Mütter- und Väterberatung in Liestal noch weiter ausbauen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, zum Thema Vernetzung wolle sie darauf hinweisen, dass am jetzigen Standort der Beratungsstelle in der Büchelistrasse auch das Familienzentrum eingemietet sei. Das sei optimal.

Vreni Wunderlin (FDP) betont, sie unterstütze ihre Vorrednerinnen. Das Bedürfnis nach die-ser Art von Beratung sei gross. Früher habe diese Stelle auch Hausbesuche gemacht. Es in-teressiere sie, wie weit das immer noch so sei.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, auf Anfrage seien Hausbesuche noch immer mög-lich. Der Umfang der Öffnungszeiten sei nach wie vor zwei Stunden pro Woche. Ausserdem seien täglich zu bestimmten Zeiten Telefonkontakte möglich. Zum Thema Prävention und Früherfassung wolle sie beifügen, dass hier auch der Kanton tätig sei. Sie sei vor einigen Jahren selbst Mitglied einer Begleitgruppe des Kantons gewesen, die einen umfassenden Bericht zu diesen Themen verfasst habe.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**222 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Paul Finkbeiner  
namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sicherheitsbericht  
Liestal (Nr. 2007/132)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation betreffend Sicherheitsbericht Liestal**

Im Telebasel vom 7. Februar und in der Presse am Tag darauf wurden die Ergebnisse der Umfrage betreffend Sicherheit in Liestal präsentiert. Von einem bedenklichen Unsicherheitsgefühl der Liestaler Bevölkerung wird berichtet. Der Überfall auf den Prontoshop, der immerhin schon bald 3 Jahre zurückliegt, hat eigentlich beachtenswerte Aktionen wie vermehrte Präsenz der Kantonspolizei am Bahnhof, Projekt Streetworker und Bahnhofpatenschaft ausgelöst. Das verhinderte jedoch nicht, dass neue Vorfälle von Gewalt hinzukamen, wie z.B. im letzten Jahr der Fall eines 13-jährigen Mädchens, das von einer Horde Jugendlicher brutal zusammengeschlagen wurde (Bericht auf der gleichen Seite der BZ). Das Resultat der Umfrage stimmt doch sehr bedenklich!

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Schlüsse werden aus diesem Sicherheitsbericht gezogen?
- Welche Massnahmen werden eingeleitet, um die Situation zu verbessern?
- Wie kommt es, dass ein interessierter Bürger an der Patenschaft im letzten Jahr einen „Schnupperabend“ am Bahnhof absolvierte, aber zu einem konkreten Einsatz nie eingeladen/aufgeboten wurde?
- Können bei unserer Stadtpolizei andere Prioritäten gesetzt werden, z. B. mehr Patrouillengänge zu Fuss, damit notfalls vor Ort eingegriffen werden kann? (Autofahrer in der Begegnungszone können auch mittels Handzeichen statt mit rigoroser und schikanöser Tempokontrollen zu vernünftiger Fahrweise aufgefordert werden).
- Kann der Verdacht entkräftet werden, dass die Stadtpolizei in der Regel den Weg des „geringsten Widerstandes“ sucht, um möglichst wenig mit der Bevölkerung in Kontakt treten zu müssen, unangenehmen Begebenheiten aus dem Weg zu gehen?

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen.

Paul Finkbeiner  
SVP/CVP/EVP-Fraktion  
13. Februar 2007

---

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, sie nehme zu den Fragen der Interpellation wie folgt Stellung:

1.) und 2.) Gemäss dem Bericht fühlten sich sowohl ältere als auch junge Menschen in Liestal nicht immer sicher. Der Stadtrat habe dies zur Kenntnis genommen. Es bestehe Handlungsbedarf. Aufgrund der Sitzungen am „Runden Tisch“, die der Sicherheit von Liestal und der umliegenden Gemeinden dienen würden, seien bereits Massnahmen eingeleitet worden. Man habe Bahnhofpaten und Streetworker eingeführt, die Polizei sei vermehrt präsent. Als Folge der Resultate des Sicherheitsberichts seien diverse Projekte definiert worden. Sie hätten zum Ziel, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verbessern. Orte wie die Allee, das Lüdlin-Pärkli und der Bahnhof wolle man mit Beleuchtung oder Videoüberwachung sicher machen.

3.) Interessenten für Bahnhofpatenschaften bekämen keine Einladung für einen Einsatz. Sie hätten die Möglichkeit, an Schnuppereinsätzen teilzunehmen. Danach liege es an ihnen, bei

der Stadt weiteres Interesse zu bekunden. Die betreffende Person erhalte dann die Gelegenheit, ihre Beweggründe für eine Patenschaft darzulegen. Liestal habe bereits seit einigen Jahren Bahnhofpaten. Im erwähnten Fall habe die Person nach dem Schnuppereinsatz kein Interesse signalisiert.

4.) Die Stadtpolizei erledige ihre Aufgaben gemäss Gemeindegesetz und in enger Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Ein 24-Stunden-Betrieb sei nicht möglich. Die Polizeieinsätze erfolgten deshalb zeitlich versetzt.

5.) Dieser Verdacht bestehe zu Unrecht. Im Amtsbericht 2006 könne man nachlesen, dass die Stadtpolizei 58 Personen an verdächtigen Orten kontrolliert und 5 Personen wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz verzeigt habe. Der Stadtrat stehe voll hinter der Stadtpolizei. Er habe den Eindruck erhalten, dass der Stadtpolizei Inkompetenz vorgeworfen werde. Sie wolle dem entgegen, dass die Polizisten Fachkräfte seien und jährlich an Weiterbildungen teilnähmen.

Ihrer Meinung nach seien die Fragen 3 bis 5 personenbezogen. Sie bedaure es, dass dies in dieser Interpellation so zum Ausdruck komme. Man könne das persönliche Gespräch suchen. Sie bitte den Interpellanten, Sorge zum politischen Stil zu geben.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) führt aus, persönlich schätze er Regula Gysin sehr. Die Schlüsse und Massnahmen vom Runden Tisch seien sicher begrüssenswert. Er würde gerne wissen, ob nur Vertreter von Gemeinden daran teilnähmen oder auch die Leute, die auf der Strasse ihre Arbeit machen würden. Bezüglich der Bahnhofpatenschaften habe er zu sagen, dass sich sein Bruder nach einem Schnupperabend mehrfach beim Rechtsdienst der Stadtverwaltung gemeldet habe; es sei nicht kommuniziert worden, dass die Kontaktperson Herr Ambros Zurfluh sei. Zu seinen Anschuldigungen stehe er offen. In letzter Zeit stehe er mit der Stadtpolizei auf Kriegsfuss. Dass sie kompetent und freundlich sei, stimme einfach nicht. Er rede mit vielen verschiedenen Leuten. Er habe noch nicht viele Stimmen gehört, die sich gut über die Stadtpolizei geäussert hätten. Er kenne auch bei der Kantonspolizei einige Beamte. Er fordere die Anwesenden auf, diese Leute einmal unter vier Augen zu fragen, was sie von der Stadtpolizei hielten; dann käme man auf die Welt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass der Runde Tisch nicht neu sei. Die Sicherheitsbefragung sei aus dem Runden Tisch heraus entstanden. Federführend sei Regierungsrätin Sabine Pegoraro. Ausserdem nähmen der Streetworker, der Jugendantwalt, die Stadtpolizei, Kantonspolizei, ein Vertreter der Schulleitung und viele andere daran teil. Sie bitte darum, wegen des Themas Bahnhofpatenschaften direkten Kontakt aufzunehmen. Was die Unzufriedenheit des Interpellanten betreffe, so stehe sie unter Schweigepflicht. Sie bitte ihn auch hier darum, das direkte Gespräch aufzunehmen. Von Seiten der Stadt habe man eine andere Meinung über die Polizei.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, ihm sei vorgeworfen worden, eine Privatfehde zu führen. Dies tue er aber nicht. Er sei ein vehementer Befürworter des Ansinnens gewesen, den beiden Polizisten einen Chef zur Seite zu stellen. Mehr wolle er dazu nicht sagen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, sie wolle das Thema an dieser Stelle abbrechen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

**223 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**10. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Strategie zur Reduktion klimaerwärmender Faktoren (Nr. 2007/133)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

**Postulat betreffend Strategie zur Reduktion klimaerwärmender Faktoren**

Die Temperaturen steigen, die Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel erhöht sich, und mit 90%-iger Wahrscheinlichkeit hat hauptsächlich der Mensch durch den Ausstoss von Treibhausgasen die globale Klimaerwärmung verursacht. Dies ist ein Fazit der Wissenschaftler und Klimaexperten, die am vierten UNO Klimabericht der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) mitgearbeitet haben. Die Veröffentlichung dieses Berichts und dessen Inhalt sind ein Weckruf für die Menschen und ein Aufruf an die Politik. Politische Führung und Handeln auf allen Ebenen sind jetzt gefragt, um den düsteren Prognosen des Berichts wirksam zu begegnen.

Die Diskussionen und Auseinandersetzungen auf internationaler, nationaler und kantonaler politischer Ebene haben bereits angefangen. Die Herausforderung durch die Klimaerwärmung sollte auch auf Gemeindeebene angenommen werden. Die Notwendigkeit, eine Klimapolitik für Liestal in eine Strategie einzubetten, besteht. Diese Strategie könnte u. a. Aspekte wie Bewusstseinsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, konkrete Massnahmen und Optimierung bestehender Massnahmen umfassen. Die Erarbeitung der Strategie soll den Möglichkeiten und Kompetenzen der Stadt Rechnung tragen.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass das Anliegen dieses Postulats das Legislaturziel „Nachhaltigkeit politischen Handelns“ unterstützt und fördert. Daher wird der Stadtrat ersucht, eine Strategie zur Reduktion klimaerwärmender Faktoren zu erarbeiten und diese dem ER vorzulegen.

Orla Oeri-Devereux  
SP-Fraktion  
12. Februar 2007

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die Ziele seien hoch angelegt und würden teilweise globale Angelegenheiten betreffen. Für ihn würde sich mit der Annahme des Postulats die Aufgabe stellen, was man beispielsweise bei Bauten und Fahrzeugen der Gemeinde im Rahmen der Vorlage Energiestadt Liestal berücksichtigen könne. Diese Vorlage sei im Herbst zu erwarten. Die 20-Prozent-Stelle zugunsten des Projekts Energiestadt sei abgelehnt worden. Die politische Auseinandersetzung, die dort gefehlt habe, könne man so nochmals aufnehmen und sehen, wie der Einwohnerrat zur Energiestadt stehe. Er würde das Postulat gerne in diese Vorlage einweben.

Orla Oeri-Devereux (SP) sagt, sie danke dem Stadtrat, dass er bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Es bestehe nicht die Absicht, Globalpolitik zu betreiben. Zu den Auswirkungen des Klimawandels seien diverse UNO-Berichte veröffentlicht worden. Der letzte Bericht vom Mai befasse sich mit der Verminderung des Klimawandels. Er enthalte klare Botschaften. Es sei hauptsächlich der Mensch, der das Klima erwärmt habe. Die Folgen könnten fatal sein. Eine Verminderung der Auswirkungen sei möglich, aber die Zeit dränge. Die

Frage sei, was man mit dem jetzigen Wissensstand mache, ob man als Gemeinde aktiv werde und was man aus eigener Initiative machen könne. Es gehe darum, klare Ziele und begleitende Massnahmen zu formulieren. Der Plan solle langfristig und verbindlich sein. Man müsse Verantwortung für die nächsten Generationen zu übernehmen. Eine Möglichkeit wäre, eine Seite auf der Homepage der Stadt Liestal zum Klimawandel einzurichten. Man könne sich mit Fragen wie der Reduktion von Treibhausgasen und umweltverträglichem Bauen befassen. Im „Liestal aktuell“ könne die Stadt regelmässig Artikel zum Klimawandel veröffentlichen und darüber berichten, was Liestal dagegen unternehme. Das Stadtbauamt könne Prospekte herausgeben und ein Bonussystem zu umweltverträglichem Bauen einführen. Man könne stromsparende Beleuchtung einführen und Kurswochen in Schulen und Kindergärten durchführen. Dies seien nur Beispiele. Auf Gemeindeebene sei ohne viel Aufwand und Kosten viel möglich. Die Stadt habe diverse Kommissionen wie die Energie- oder Abfallkommission, die einbezogen werden könnten. Die SP-Fraktion bitte den Rat, das Postulat zu überweisen.

Daniel Spinnler (FDP) äussert, der Klimabericht der UNO sei angesprochen worden. Die FDP setze sich auf Bundesebene für Strategien in diesem Bereich ein, zum Beispiel für Reduktionsziele in Bezug auf Treibhausgase. Auch im Landrat habe die FDP mehrere Vorstösse zu diesem Thema gemacht, zum Beispiel zum Energieverbrauch bei Gebäuden. Das Bundesamt für Energie gehe davon aus, dass die Energie in diesem Bereich um die Hälfte reduziert werden könne. Die FDP nehme die Klimapolitik ernst. Seine Fraktion sei aber nicht für das Postulat. Das Klima werde von Milliarden von Menschen beeinflusst. Strategien sollten auf höchstmöglichem Niveau angesetzt werden, beispielsweise auf Bundesebene. Man müsse sich fragen, wie denn Gemeindepolitik hier konkret aussehen solle. Es gebe schon genügend Anregungen und Umsetzungen, man wisse schon genug darüber. Die Gemeinde solle sich darauf beschränken, neuste Technologien einzusetzen.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) teilt mit, seine Fraktion sei auch mehrheitlich der Ansicht, dass Klimapolitik auf höherem Niveau anzusiedeln sei. Auf der Ebene der Gemeinde seien Massnahmen wie Energiesparen gefragt. Es gebe einen Plan bezüglich Gebäudesanierungen. In den Legislaturzielen werde Nachhaltigkeit gefordert. Darüber werde auch rapportiert. Das Postulat sei nicht notwendig.

Corinne Ruesch (GL) hält fest, man höre, dass man handeln müsse. Schon in den 60er-Jahren habe der Club of Rome zum Handeln aufgerufen. Sie verstehe auch, dass man sich fragen könne, was es bringe, wenn Liestal sich um Strategien bemühe. Täglich höre man aber auch, dass es schwierig sei, einen Konsens auf den höchsten Ebenen zu finden. Gleichzeitig höre man Positives, wie Gemeinden Ideen umsetzten. Davon könne man sich inspirieren lassen und wieder andere inspirieren. Grosses fange im Kleinen an. Das Label „Energistadt“ könne eine wichtige Rolle spielen. Die Grüne Fraktion unterstütze deshalb das Postulat.

Bernhard Fröhlich (FDP) stellt fest, Orla Oeri-Devereux habe diverse Zeitungen und Expertisen zitiert. Besser wäre, von der Sorge um den Lebensraum zu reden. Dies gehöre in alle Köpfe. Die Klimapolitik sei nur ein Teil und erst noch komplex. In einer Ausgabe der Zeitschrift „Spiegel“ vom Mai sei viel über den Klimawandel geschrieben worden. Darin habe es geheissen, es würden auch viele Schauermärchen verbreitet. Man frage sich dann, was man glauben solle. Immerhin werde in diesem Bericht das Max Planck-Institut zitiert. Es gebe offenbar einen Kulturkampf unter den Klimaforschern. Für die Stadt Liestal sei es besser, sich mit einfacheren Dingen aus dem nächsten Lebensraum zu befassen. Man kenne die Auswirkungen des Klimawandels nicht.

Claudia Roche (SP) berichtet, sie sei vor 30 Jahren in die Schweiz gekommen. Sie sei stolz auf ihre neue Heimat gewesen. Die Schweiz sei beispielsweise für Deutschland lange ein Vorbild in Sachen Umweltpolitik gewesen. Hier werde es als wichtig angesehen, kleinräumige Entscheidungen zu treffen. Jetzt, wo es um die eigene Atemluft gehe, werde die Sache

nach Bern verschoben. Dass da gearbeitet werden müsse, sei klar. Aber man könne nicht auf Bern warten. Das bisschen, das man tun könne, solle man bitte tun. Man sei arg spät dran. Man müsse auch an die eigenen Kinder denken.

Ernst Burkhardt (SP) fügt hinzu, er wolle ins gleiche Horn blasen. Man könne nicht auf den Landrat und auf Bern warten, sondern müsse jetzt versuchen, Teile von schon lange bekannten Programmen umzusetzen. Die Energiestadt sei ein umfassendes Programm. Das Postulat unterstütze diese Sache sehr gut. Die Absicht von Orla Oeri-Devereux sei, dort zu reglementieren, zu schulen und zu informieren, wo es möglich sei. Er bitte dringend darum, das Postulat zu unterstützen. Es gehe um die Unterstützung von Massnahmen, die auf anderen Ebenen schon laufen würden. Man könne in Liestal Vieles unternehmen.

Philipp Senn (SP) meint, es entstehe eine gewisse Verweilung und Unsicherheit, wenn unter Fachleuten keine Einigkeit herrsche. Damit müsse man leben. Für ihn sei der besagte Artikel im „Spiegel“ der schlechteste von allen, die er gelesen habe. Der Ort Davos habe in vorbildlicher Art gesagt, er setze sich eigene Ziele. Wenn viele am gleichen Strick ziehen würden, komme man auf den richtigen Weg. Die Stadt könne sensibilisieren und Zeichen setzen.

Hanspeter Mohler (FDP) betont, für ihn fehle es an Verhältnismässigkeit und Realität. Der Club of Rome habe behauptet, 1990 werde es keine Erdölreserven mehr geben. Das Problem könne man in Liestal nicht lösen. Das weltweite Klima sei sehr stark durch Meeresströmungen kontrolliert. Die Frage sei, wo man sich einbringe. Es sei unverhältnismässig, wenn man mit globalen Modellen Realpolitik mache. In einer gesunden Verwaltung seien Bestrebungen im Gang, etwa Verbesserungen an Gebäuden. Dies scheine ihm absolut zu genügen. Das Postulat schiesse weit über das Ziel hinaus.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) ergänzt, der Einwohnerrat habe zu wenig Vertrauen zum Stadtrat und dessen Zielen. Es lägen Ziele vor, über die man sich habe informieren können. Bei sämtlichen Gebäuden werde auf diese Faktoren Rücksicht genommen. Es werde viel gemacht; Fahrzeuge würden beispielsweise effizient eingesetzt. Man solle sich überlegen, was man mit dem Postulat auslöse, wenn man es überweise. Der Stadtrat könne auf verschiedene Ziele verweisen und diese zu einem Bericht zusammenstellen. Man könne eigentlich nicht viel mehr machen, als die Köpfe zusammenzustecken, bis sie rot würden, was auch zum Klimawandel beitrage. Er bitte darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, es spreche nichts dagegen, auch in Liestal Zeichen zu setzen. Es gebe Vorstösse beim Bund und Kanton. Sie sei auch für kleine Schritte und dafür, in Liestal anzufangen. Sie unterstütze das Postulat.

Erika Eichenberger (GL) weist darauf hin, dass das Postulat breit ausgelegt sei. Der Stadtrat werde es auf einen sinnvollen Rahmen herunterbringen. Die Stadt solle in diesem Rahmen ein Projekt anreissen und die Leute mitziehen.

Daniel Spinnler (FDP) erläutert, er habe nicht gemeint, dass man auf Bern warten müsse. Er denke einfach, man solle nicht Verwaltungskräfte für etwas brauchen, das schon geplant sei. Vielleicht produziere man beispielsweise Prospekte, die dann im Abfall landen würden.

Matthias Zimmermann (SP) legt dar, die Klimafrage sei eine langfristige Frage. Friede in Europa sei vor 100 Jahren als Ding der Unmöglichkeit erschienen. Man habe auf allen Ebenen gekämpft, um ihn zu erreichen. Es sei auch eine Aufgabe der Stadt Liestal, sich mit allen Möglichkeiten zu engagieren. Man könne Verantwortung nicht delegieren.

Jürg Holinger (GL) fügt hinzu, man verlange vom Stadtrat nichts Unverhältnismässiges, sondern nur, dass er über gewisse Sachen nachdenke. Gewisse Dinge mache er bereits; man könne ihn nur bestätigen. Wenn bei jemandem Verdacht auf eine Lungenentzündung beste-

he, bekomme er bereits Penicillin, aber beim Klimawandel warte man. Handeln müsse man in Liestal und jeder in seinem Garten.

Peter Schmied (SP) berichtet, er habe sich kürzlich in Südamerika aufgehalten, wo man viel über dieses Thema diskutiert habe. Die Leute würden nach Lösungen lechzen. Das Postulat verlange nicht blindes Schaffen. Wenn man eine gute Idee entwickle, die sogar weitergegeben werden könne, könne man dies doch tun. Aus kleinen Orten kämen oft die besten Ideen.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, er habe die Diskussion als sehr anregend empfunden. Er sehe die Sache sehr pragmatisch. Er wolle die Energiestadt gerne realisieren und auf einer tieferen Ebene ansetzen. Das Dorf Titterten subventioniere Solaranlagen und steige in ein Projekt zur Windkraft ein. Der Einwohnerrat solle doch den Stadtrat einfach mal nachdenken lassen.

://: Das Postulat betreffend Strategie zur Reduktion klimaerwärmender Faktoren wird mit 18 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) stellt fest, sie komme auf eine Stimme zuviel. Sie wiederhole die Abstimmung.

://: Das Postulat betreffend Strategie zur Reduktion klimaerwärmender Faktoren wird mit 18 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Marie-Theres Beeler

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon